Stellungnahme der FREIEN WÄHLER Bayern zu den Wahlprüfsteinen von Diagnose: funk

Die zunehmende Digitalisierung in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft bringt neben Vorteilen sicher auch Herausforderungen mit sich. Neben der sozialen und gesellschaftlichen Dimension sind hier auch die gesundheits- und umweltschädigenden Auswirkungen elektromagnetischer Felder zu beachten. Wir FREIE WÄHLER nehmen selbstverständlich neben den Chancen auch die Risiken sehr ernst. Daher sehen wir absolut die Notwendigkeit einer stetigen wissenschaftlichen Begleitung der Entwicklung. Infolge der wissenschaftlichen Beobachtung muss selbstverständlich auch der Gesetzgebungsprozess den Ergebnissen Rechnung tragen. Deshalb stehen wir der parlamentarischen Begleitung, etwa im Rahmen von Anhörungen im Landtag absolut offen gegenüber.

Natürlich müssen wir auch die Chancen mit berücksichtigen. Beispielweise ist ein leistungsfähiges Internet für Unternehmen wichtig, um im weltweiten Standortwettbewerb bestehen zu können. Von einem guten Breitbandausbau können auch Unternehmen in ländlichen Gebieten profitieren und Arbeitsplätze schaffen. Auch die Haushalte müssen mit einem schnellen Breitband ausgestattet werden, so können die Bewohner individuell entscheiden wann und wie sie die digitale Welt nutzen wollen, da sie nicht von außen eingestrahlten Breitbandangeboten abhängig sind. Beim Ausbau des Mobilfunknetzes stehen setzen wir uns für National Roaming ein, damit kann die Zahl der Mobilfunkmasten massiv verringert und somit die Strahlenbelastung deutlich gesenkt werden.

Auch und besonders unsere Kinder werden im digitalen Zeitalter leben. Dazu muss unser Nachwuchs den verantwortungsvollen und vor allem reflektierten Umgang mit Technik ebenso erlernen wie Lesen, Schreiben und Rechnen, denn digitale Fertigkeiten und Medienkompetenz sind heute schon die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit. Die eventuellen Konsequenzen von ausartender und falscher Mediennutzung sind bekannt, müssen weiter erforscht und dürfen nicht verharmlost werden. Ein generelles Verbot von Handys, Laptops etc. ist unserer Ansicht nach hierfür aber nicht die Lösung. Daher

sind wir dafür, dass digitale Bildung als verpflichtender Bestandteil der Lehrerbildung und verpflichtender Unterricht für Informations- und Kommunikationstechnologie an weiterführenden Schulen etabliert wird. Allerdings vertreten wir die Meinung, dass das WLAN an Schulen abschaltbar sein muss. Dies ist z.B. mit Acccess Points zu ermöglichen.

Die fortschreitende Digitalisierung wird unsere Gesellschaft, unsere Unternehmen und unsere Arbeitswelt nachhaltig verändern. Das bietet große Chancen, die wir versuchen zu nutzen und zu intensivieren. Da uns aber natürlich auch die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Bürger am Herzen liegt, und da es auch einige Bereiche innerhalb der Informations- und Kommunikationstechnologien gibt, die noch nicht ausreichend auf Risiken erforscht wurden und vielen Menschen Sorgen bereiten, sind wir für eine verantwortungsvolle Digitalisierung, die von Forschern und kompetenten Kräften begleitet wird. Hierfür wollen wir auch einen Ausschuss für Digitales im Bayerischen Landtag, damit kompetente Fachleute für sämtliche digitale Bereiche die besten Möglichkeiten unter Berücksichtigung von Chancen und Risiken beraten können.

Die Menschen in unserem Land müssen definitiv vermehrt auf einen verantwortungsvollen Umgang mit den Medien geschult werden, das sehen auch die FREIEN WÄHLER so. Unfälle aufgrund fehlender Aufmerksamkeit verursacht durch Smartphones o. Ä. dürfen natürlich nicht passieren. Insbesondere Eltern sollten ihren spielenden Kindern mehr Aufmerksamkeit schenken als ihren mobilen Endgeräten. Genauso wie im Straßenverkehr, wo diese, zumindest am Steuer, nichts zu suchen haben, denn auch dort passieren Unfälle aufgrund von Ablenkung. Daher sind wir für höhere Strafen bei Handy- oder sonstiger Mediennutzung am Steuer.

Auch der Datenmissbrauch ist ein relevanter negativer Aspekt, den die Digitalisierung mit sich bringt und gegen den wir deutlicher vorgehen müssen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Datensparsamkeit in der bayerischen Politik als Grundprinzip gesehen wird, um einen weitgehenden Schutz der Privatsphäre sicherzustellen. Zusätzlich wollen wir den Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz stärken und für eine angemessene Personalausstattung der Datenschutzbehörden sorgen.

Auch wollen wir die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige verbessern und generationenübergreifende Wohnformen und Betreuungsnetzwerke ausbauen sowie ausreichende Kurzzeitpflegeplätze schaffen. Dabei sehen wir die Digitalisierung in der Pflege als eine sehr große Chance, die Personaldefizite aufzufangen und die vorhandenen Pflegekräfte zu unterstützen und auch zu entlasten.

Die Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes, mit der ein voraussetzungsloses Widerspruchsrecht gegen Funkwasserzähler in die Bayerische Gemeindeordnung eingefügt wurde, ist am 25. Mai 2018 mit dem Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft getreten. Das nunmehr gesetzlich verankerte voraussetzungslose Widerspruchsrecht stellt aus unserer Sicht einen gerechten Kompromiss zwischen den Datenschutzinteressen der Verbraucher und Verbraucherinnen und der Rechtssicherheit für die jeweiligen Versorger dar.